

TIROL

VORARLBERG

LINKS

P.B.B

VERLAGSPOSTAMT:

6020 INNSBRUCK

ZULASSUNGSNR.:

072037282M

**THEMEN  
IN DIESER  
AUSGABE:**

- **ANO NYM  
GNADENLOS!**  
Mercur-Markt  
kündigt  
Schwangere  
Seite 2
- **JOSEF STINGL  
IM INTERVIEW**  
Der Tiroler  
GLB-  
Spitzenkandidat  
steht TiVoLi  
Rede und  
Antwort  
Seite 3
- **NEUES JAHR,  
NEUE SORGEN**  
Das neue Jahr  
beginnt so wie  
das alte geendet  
hat: Wir  
werden auf  
allen Ebenen  
geneppt  
Seite 4

**GLB-ONLINE**

[www.glb.at](http://www.glb.at)  
[www.imzoom.info](http://www.imzoom.info)  
[glb@imzoom.info](mailto:glb@imzoom.info)

**GLB-POST-AKTION**

[www.postsoli.at](http://www.postsoli.at)

# TiVoLi

3. JAHRGANG – AUSGABE 10

FEBRUAR/MÄRZ 2009

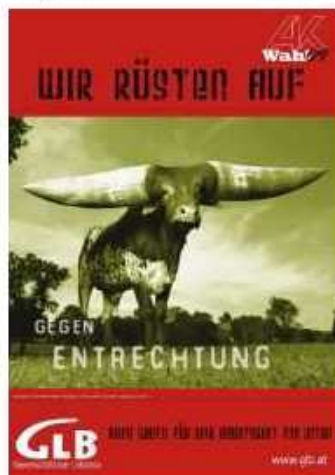
## Arbeitslosigkeit in Tirol und Vorarlberg: Überdurchschnittlich ansteigend!

Während bundesweit die AMS-Statistik ein Plus von 8,2 Prozent zum Vorjahres-Vergleichszeitraum ausweist, sind es in Tirol ein Plus von 12 Prozent und in Vorarlberg gar ein Plus von 12,9 Prozent.

„Die Konjunkturkrise als Folge der Finanzmarkt-turbulenzen macht sich nun auch am Tiroler Arbeitsmarkt bemerkbar“, meint dazu AMS-Chef Anton Kern und prognostiziert eine ähnliche Entwicklung für 2009.

„Nur die böse Konjunktur-flaute, oder nutzt die Tiroler Wirtschaft die sogenannte Wirtschaftskrise zur Profitmaximierung durch massive Lohnkostensenkung?“

fragt GLB-Spitzenkandidat Josef Stingl. Immerhin haben die großen Kündigungswellen bei Swarovski, Telekom oder Post vor der Wirtschaftskrise begonnen.



Viele dieser arbeitslosen Frauen und Männer finden sich nicht einmal in der aktuellen Arbeitslosenstatistik, da sie sich gerade in Umschulungsmaßnahmen befinden oder in einer Arbeitsstiftung „versteckt“ werden.

Der GLB verlangt in diesem Zusammenhang die Arbeitszeit auf mehr Menschen zu verteilen. „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn - heißt die Zauberformel. Denn es ist sinnvoller einen kürzeren Zeitraum arbeitenden Menschen die Existenz zu sichern, als Arbeitslosigkeit unmenschlich zu verwalten“, meint der GLB-Spitzenkandidat.

### Einkommensbericht 2008:

## Frauen bleiben auf der Strecke

Höchstamtlich bestätigt ist nunmehr, was viele von uns seit langem in aller Deutlichkeit spüren: Die Realeinkommen der unselbständig Beschäftigten mit durchschnittlichem Lohn oder Gehalt sind in den letzten zehn Jahren inflationsbereinigt gleich geblieben, bei Menschen mit geringem Lohn oder Gehalt sogar gesunken – das hat jetzt der Rechnungshof festgestellt.

Die Propagandasprüche wie „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ oder

„Österreich hat vom EU-Beitritt profitiert“ lösen sich damit für einen Großteil der ÖsterreicherInnen in Schall und Rauch auf.

Die Zahl der Beschäftigten stieg 2008 gegenüber 1998 auf 3.898.877, die Medianeinkommen von 19.430 auf 22.815 Euro brutto im Jahr. In der Gruppe der niedrigsten zehn Prozent stiegen die Einkommen aber nur um 3,93 Prozent, von 2.486 auf 2.583 Euro, inflationsbereinigt verdiente die unterste Gruppe der EinkommensbezieherInnen 2007 somit nur 88 Prozent von 1998.

Das Einkommen der Frauen stieg um durchschnittlich 1,9 Prozent pro Jahr, jenes der Männer um 2,1 Prozent. Lagen 1998 die Fraueneinkommen bei 60,4 Prozent der Männerverdienste, so zehn Jahre später nur mehr bei 59,3 Prozent. Die Lohnschere hat sich damit noch weiter geöffnet.

Die Hauptursache für diese gewachsene Differenz ist, dass gerade Frauen immer stärker in prekäre Arbeitsverhältnisse, vor allem in Teilzeitbeschäftigungen und schlecht bezahlter Arbeiten abgedrängt werden.

# Anonym gnadenlos!



„Ihren Mitarbeitern einen freien Tag schenken“, war der BILLA-Werbeslogan zum freien 8. Dezember-Feiertag. Die Tochtergesellschaft Merkur feierte seine Beschäftigten anders.

2006 begann eine junge Frau ihre Arbeit im Innsbrucker MERKUR-Markt und arbeitete dort zwei Jahre. Dann wollte sie länger in die Türkei zurück und kündigte daher. Zwei Monate später war sie wieder in ihrer Wahlheimat Tirol – der

Arbeitsplatz kein Problem. Am 17.11 fing sie bei ihrem alten Arbeitsplatz zu gleichen Bedingungen wieder an.

Einen knappen Monat später ein Arzttermin - nein, nicht krank, sondern schwanger. Dem Gesetz entsprechend teilt sie das am 15.12 sofort ihrem Arbeitgeber mit. Am nächsten Tag erhält sie per EMS einen Brief. Kein Danke, kein Glückwunsch oder Weihnachtswünsche. Nüchtern teilt die REWE-Group mit, dass sie das

Dienstverhältnis – im Probemonat – per 16.12.2008 auflösen.

Rechtlich einwandfrei, denn in der Probezeit ist eine Kündigung einer Dienstnehmerin auch bei Schwangerschaft möglich. Nur, warum eine Probezeit? Sie hatte ja schon im Konzern gearbeitet und wäre, wenn man in dieser Zeit mit ihrer Arbeitsleistung unzufrieden gewesen wäre ohnehin nicht wieder aufgenommen worden.

**„Im Betrieb nicht unter Druck setzen lassen und die Unterlagen mit nach Hause nehmen und dort in Ruhe ausfüllen“, meint der Vorarlberger GLB-Spitzenkandidat Axel Nimitz**



## „Missbrauch Tür und Angel geöffnet“...

... behaupteten die AK-Wahl-Listen NBZ, Gemeinsam, GLB und FSG auf einer gemeinsam abgehaltenen Pressekonferenz zu der erstmaligen Briefwahl in Betrieben. Die Bedenken werden vom ÖAAB in den Wind geschossen.

Ein Rechtsgutachten der Universität Innsbruck bestätigt jetzt die Kritiker voll und ganz. Dabei kommt Univ.-Prof.Dr. Karl Weber (Institut für Öffentliches Recht, Staats- und

Verwaltungslehre, Universität Innsbruck) zu folgendem Ergebnis:

1. Eine Zustellung an die Firmenadresse ist nur dann rechtlich einwandfrei

möglich, wenn die Wahlkommission oder das Wahlbüro vorher Ermittlungen darüber anstellt, ob und inwieweit es innerbetrieblich zweifelsfrei

gesichert ist, dass die Wahlkarten verlässlich zum einzelnen Wahlberechtigten kommen.

2. Wird die Wahlkarte an die Firmenadresse zugestellt, eröffnen sich Manipulations- und Missbrauchsmöglichkeiten, die zu Lasten des geheimen Wahlrechts gehen. Die Möglichkeit, dass die Unternehmensleitung, aber auch Arbeitskollegen Einfluss auf das Wahlverhalten nehmen können, ist im Betrieb niemals gänzlich ausgeschlossen.

3. Das geplante Verfahren bei der Ausstellung und Zusendung der Wahlkarten enthält ein nicht zu unterschätzendes Risiko, Rechtswidrigkeiten im Wahlverfahren entstehen zu lassen.

Für die Listenführer der wahlwerbenden Gruppen steht fest: Die Briefwahl in Betrieben ist aus demokratiepolitischer Sicht äußerst bedenklich. Dass der ÖAAB trotz massiver Einwände dennoch an einer

Änderung der Briefwahlpraxis festhielt, könnte durchaus auch wahlstrategische Gründe haben, so die Befürchtung.

Auch wenn man nicht von vornherein unterstellen wolle, dass das System manipuliert werde, sei klar: „Der ÖAAB will sich hier einen Vorteil verschaffen“, so die FSG-Spitzenkandidatin Auer (Zweite von links). „Damit“, sagte Sadettin Demir (Dritter von links), Chef von „Gemeinsam“, „ist nicht gesichert, ob der Einzelne die Unterlagen bekommt und dann von seinem geheimen Wahlrecht Gebrauch machen kann.“

„ArbeitnehmerInnen sollten ihre Unterlagen mit nach Hause nehmen und dort in Ruhe ausfüllen“, ergänzten vom NBZ, Adnan Dincer (Erster von links) und der vom GLB, Axel Nimitz (Erster von rechts). Unterstützung kam aus dem Landtag. Das System lade zu Missbrauch ein, kritisierten auch die Klubchefs von Rot und Grün.

Quelle: VOL, VN und ORF

# Josef Stingl im Interview

**TiVoLi: Was unterscheidet den GLB von anderen Listen?**

**JS:** Wir sind unabhängig von Regierungsparteien und unsere Liste stellt einen repräsentativen Querschnitt der Tiroler ArbeiterInnenklasse dar. Bei uns kandidieren ArbeiterInnen und Angestellte, Arbeitslose und Auszubildende, sowie ÖsterreicherInnen und MigrantInnen aus dem EU- und Nicht-EU-Bereich.

**Welchen gesetzlichen Auftrag hat die Vollversammlung?**

Der gesetzliche Auftrag der AK ist im §4 AK-G geregelt. Darin heißt es: „Die Arbeiterkammern sind berufen, alle zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer - einschließlich der zuvor als Arbeitnehmer beschäftigten Arbeitslosen und Pensionisten - erforderlichen und zweckmäßigen Maßnahmen zu treffen.“ Insbesondere kann sie Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und Gesetzesvorhaben abgeben und durch Gutachten, Vorschläge und sonstige gesetzliche Mitwirkungsrechte die Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen, ...

Leider hat sich aber sowohl in den SP-dominierten, als auch VP-dominierten Arbeiterkammern politische Lähmung breit gemacht. Da wird lieber am Verhandlungstisch totverhandelt, als gegen die Schwesterparteien Flagge gezeigt.

**Wer ist wahlberechtigt?**

Wahlberechtigt sind bis auf wenige Ausnahmen alle ArbeitnehmerInnen. Ausnahmen bilden bsw. Beschäftigte bei Apotheken oder in landwirtschaftlichen Betrieben, diese sind kurioserweise Apothekerkammer- oder Landwirtschaftskammer zugehörig. Theoretisch sind auch geringfügig Beschäftigte, freie DienstnehmerInnen, KarenzgeldbezieherInnen, Zivil- und Präsenzdienner und Lehrlinge wahlberechtigt. Theoretisch deshalb, da diese nicht automatisch im WählerInnenverzeichnis aufscheinen. Vertretungsanspruch, aber kein Wahlrecht haben PensionistInnen - beides demokratiepolitischer Nonsens.

**Welche Leistungen bietet die Arbeiterkammer an?**

Als Serviceorganisation funktioniert die AK ja ganz gut: Rechtsberatung, KonsumentInnenenschutz, Lehrlingsschutz, Bildungsförderung etc. Auf der politischen Ebene werden die Möglichkeiten der Einflussnahme z.B. durch Gesetzesinitiativen nicht genutzt. Da mangelt es einfach an linken oppositionellen Positionen. Dafür braucht es einen GLB. Denn wir wollen eine offensive Nutzung der politischen Möglichkeiten der Arbeiterkammern - insbesondere durch fortschrittliche Gesetzesinitiativen.

**Welche Forderungen und Wünsche stehen bei euch im**

**Vordergrund?**

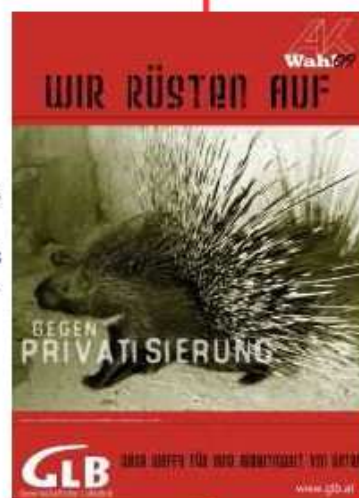
Umverteilung unter dem Motto:

Es ist genug für alle da! Existenzielle, energerversorgungsmäßige, soziale und kulturelle Grundversicherung und ein Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde Arbeit sind nur einige Stichworte aus unserem Programm. Uns ist dabei klar, dass die Möglichkeiten der AK beschränkt sind und die Revolution dort sicher nicht stattfindet. Das schließt aber nicht aus, dass die AK zu einer stärkeren politischen Vertretung der

ArbeitnehmerInnen, der Arbeitslosen, der Prekarisierten und der PensionistInnen werden kann - es bedarf „nur“ der Absage an der institutionalisierten Sozialpartnerschaft.

**Warum ist eine starke AK in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wichtiger denn je?**

Auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten wird gesellschaftlicher Reichtum verteilt. Ohne einer in enger Zusammenarbeit mit dem ÖGB konsequenten gesetzlichen Interessenvertretung der Lohnabhängigen werden wir auch weiterhin zu Gunsten der Profitmacher von SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, und auch von den Grünen, verraten.



„Die PensionistInnen werden von der AK vertreten, Wahlrecht haben sie allerdings keines - das ist demokratiepolitischer Nonsens!“

## Solidarität mit meinem Postamt- Solidarität mit meiner/m Postler/in

Noch soviel Getöse seitens der Generaldirektion oder der neuen Regierung können darüber hinwegtäuschen, dass der Angriff auf unsere Postler und Postlerinnen, auf unsere Postämter noch lange nicht verhindert ist. Trotz des sogenannten Faymann-Postamtschließungsstopps sollen heuer noch 300 Postämter für immer ihre Pforte schließen. Die Aktionäre pochen eben auf ihre Dividenden. Daher die neuer-

lichen Postamtsschließungen und Personalabbau - jetzt eben in Einjahresschritten. Die Post soll so für die EU-weite Liberalisierung „fit“ gemacht werden.

„www.postsoli.at“, eine vom GLB initiierte Petition, verlangt die Rückführung der Post und Telekom in öffentliches Eigentum und die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit ausreichend Personal und Postämtern.



# WIR RÜSTEN AUF...



**KEINE KONSEQUENTE KONTROLLE,  
KEINE LINKE STIMME IN DER AK**

Weiters kandidieren auf dem 2. Platz die Bäckereiarbeiterin Hediye DIKME und dem 3. Platz die Pflegehelferin, BR<sup>in</sup> Maria ILLETSCO . Auf den weiteren Plätzen folgen Fehti TARAKCI, Patricia M. BELINCHON GARCIA, Mehmet TOHUMCU, Christine OBERAUER, Danari HAIDEGGER\*, Gregor KOROSEC, Claudia GRASL, Roland STEIXNER, Michael LINSER, Tobias WAGNER, Oliver BITTNER-CREPAZ, Markus ILLETSCHKO, Bernhard HOTZ u. Rafael WAGNER.

\* bei der Wahl 19 Jahre alt, von der Wahlbehörde trotzdem nicht zur Kandidatur zugelassen. Der GLB überlegt die Wahl anzufechten.

## Ich bitte um:

- lfd. Zusendung der Zeitung „TiVoLi“
- lfd. Zusendung des „TiVoLi“-Newsletters
- eine Probenr. der GLB-Zeitung „die arbeit“
- eine Probenr. der Zeitung „volksstimmen“
- persönliche Kontaktaufnahme

Name: .....

Anschrift: .....

Telefon: .....

Email: .....

Bitte an TiVoLi, Gumpstraße 36, Postfach 817,  
6020 Innsbruck zurücksenden

[www.imzoom.info](http://www.imzoom.info)  
[www.glb.at](http://www.glb.at)

## Impressum:

Medieninhaber und

Herausgeber: KPÖ

6020 Innsbruck

Gumpstraße 36

[tirol@kpoe.at](mailto:tirol@kpoe.at)

[www.tirol.kpoe.at](http://www.tirol.kpoe.at)

## Neues Jahr, neue Sorgen



Innsbruck hat gefeiert, das neue Jahr mit einem Feuerwerk eingeläutet. Das Bergsilvester war ein Synonym dafür, wie die 'hohe Politik' mit den BürgerInnen umspringt. Wer am Altjahrstag in die Innenstadt pilgerte, wurde perlustriert, Getränke ob Alkohol oder alkoholfrei, in Glas, in Plastik oder in Tetrapack landeten im Müllkübel. Der Profit der Altstadtbetriebe ist eben Innsbrucks Bürgermeisterin Zach mehr wert, als das Portemonnaie ihrer GemeindebürgerInnen.

Im diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass Tirol Schlusslicht bei den Einkommen der ArbeitnehmerInnen ist. Das Tiroler Jahresgehalt liegt bei knapp 22.000 Euro. Das heißt auf die Arbeitsstunde heruntergerechnet, monatlich 1.565 Euro und stündlich nicht einmal ganz 10 Euro, und das Brutto. Abzüglich der Sozialversicherungsbeiträgen bekommt die/der Tiroler DurchschnittseinkommensbezieherIn sieben Euro, oder einen knappen Hunderter in Schilling gerechnet für eine Stunde Arbeit.

Wenn die Wirtschaftskammer meint, dass es viele Gründe dafür gibt, oder der ÖGB meint, dass die Ursachen bei den Kollektivverträgen, zu sind, dann sind aber Wirtschaftskammer und ÖGB zu fragen, ob nicht sie die

SozialpartnerInnen sind, die prekäre Teilzeitbeschäftigungen zugelassen und die Kollektivverträge mit ausverhandelt haben.

Dazu kommt, dass mit Jahresbeginn die TIGAS den Gaspreis mit Jahresbeginn um 11 Prozent erhöht hat, während dieser in anderen Bundesländern nach dem Ölpreisverfall reduziert wurde. Die TIGAS kündigt eine Preissenkung für April an. Das ist nur gut für ihr Säckel,

denn bis dahin ist die Heizperiode zu Ende und den GasbezieherInnen bleibt zu hoffen, dass bis April der Rohölpreis nicht wieder ansteigt, sonst wird sich diese Reduzierung auch wieder in Gas (Luft) auflösen. Die Landesgranden schauen diesem Nepp erste Reihe fußfrei zu!